Ministers Freiherrn von Marschall, dem nassauischen Minister dieses Namens ein wesentliches Verdienst an dem Übergang Badens zum Konstitutionalismus zukommt, mag schon eher bekannt sein, als das auch schon anderwärts berichtete geschichtlich interessante Kuriosum, daß bei der ersten Formulierung des Verfassungstextes die auf Veranlassung des russischen Kaisers von dem Griechen Kapo d'Istrias — wenn nicht vielleicht vom Kaiser selbst — verfaßte polnische Verfassung als Vorbild dienen mußte. Andreas stützt sich bei der Darstellung der Vorgeschichte der badischen Verfassung natürlich vielfach auf die wertvollen Vorarbeiten von Weechs, die er indessen durch mancherlei Nachträge aus Weechs eigenen Quellen und durch Benützung neuer Quellen (z. B. S. 435, 451) in dankenswerter Weise ergänzt. Die interessante Schilderung, die A. von den Beziehungen der badischen Verfassungsbewegung mit den ähnlichgearteten Bestrebungen in Bayern, Württemberg, Weimar und anderen deutschen Staaten gibt, bestärken den Referenten aufs neue in dem Wunsche nach einer zusammenfassenden Untersuchung der Zusammenhänge aller süddeutschen Verfassungen mit ihrem gemeinsamen Vorbild, der französischen Charte Ludwigs XVIII. — Auf den juristisch bedeutsamen Inhalt der Verfassungs-urkunde geht A. nur wenig ein, da er sich darauf beschränken wollte, die wesentlichen Bestimmungen in ihren politischen Zusammenhängen herauszuarbeiten; vielleicht gibt ihm der zweite Band Gelegenheit, zumindest die verfassungsmäßige Abgrenzung der Hauptfunktionen des Staates kurz zu skizzieren. Der Jurist würde sicher auch hier dankbar die Mitarbeit eines Historikers begrüßen, der mit der mühevollen Tätigkeit des sorgsamsten Quellforschers die seltene Gabe verbindet, längst Vergangenes mit neuem Leben zu erfüllen.

Kiel.

Wilhelm van Calker.

Hans Heimberger, Die Veränderung des Stiftungszwecks, Beiträge zur Geschichte des Badischen Stiftungswesens. Deutschrechtliche Beiträge, herausgegeben von Konrad Beyerle Bd. VIII H. 5. Heidelberg Carl Winter, 1913. 118 S. 8°.

Die vorliegende Spezialuntersuchung verdankt, wie der Verfasser in einer Vorbemerkung berichtet, ihre Entstehung mittelbar der Heidelberger Jubiläumsspende, deren Erträgnisse vom Jahre 1910 auf Anregung von Endemann der Arbeit zum Teil zugute kamen. Sie beschränkt sich darauf, „nach Maßgabe des heute zugänglichen Quellenrestes“ einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungsstufen zu geben, welche sich in der Ausbildung des Rechts der Zwecksumwandlung von Stiftungen im Gebiete des Großherzogtums Baden feststellen lassen. Nach Angabe des Verfassers sind Urkunden aus älterer Zeit, die rechts-historische Aufklärung gewähren könnten, nur in geringer Zahl vor-

handen, die Akten über die bestehenden Urkunden aber — mit Ausnahme der im Generallandesarchiv in Karlsruhe und in einigen anderen Archiven verwahrten — der Forschung vorerst größtenteils noch verschlossen. Das Verzeichnis der benützten Literatur führt neben den bekannten Werken erfreulicherweise eine Reihe von Schriften auf, deren Vorhandensein auch der verdienstlichen bibliographischen Zusammenstellung der im Jahre 1897 erschienenen „Badischen Bibliothek, I. Staats- und Rechtskunde, Erster Band“ anscheinend noch fremd war. Andererseits fällt auf, daß der Verfasser einige an jener Stelle genannte Schriften anscheinend nicht in Betracht gezogen hat, obwohl sie — wenigstens ihrem Titel nach — vermutlich manches für seine Untersuchung Dienliches enthalten; namentlich ist dabei an die drei im Jahre 1869 erschienenen Gutachten von Zöpfl, Bauerband und Joh. Friedr. von Schulte über den Gesetzentwurf, Die Rechtsverhältnisse und Verwaltung der Stiftungen betr., zu denken. Ebenso wären wohl auch die handschriftlichen Protokolle der beiden badischen Ständekammern heranzuziehen gewesen, die häufig erheblich inhaltsreicher sind als die im Druck erscheinenden amtlichen Kammerberichte. Jedoch ist der Referent leider nicht in der Lage, diesen Quellen selbst nachzugehen und festzustellen, ob ihre Benützung tatsächlich eine Förderung der vorliegenden Abhandlung bedeutet hätte. Daß die Rechtsprechung des badischen Verwaltungsgerichtshofs nicht herangezogen wurde, hängt wohl damit zusammen, daß der Verfasser das heute geltende Recht als Abschluß der geschichtlichen Entwicklung absichtlich nur ganz kurz skizziert hat. Eine gelegentliche Ergänzung der Arbeit in dieser Richtung würde sicher dankbar begrüßt werden. —

Der Verfasser unterscheidet vier Entwicklungsstufen: Das erste Kapitel behandelt die Zeit vor der Reformation, das zweite die Zeit von der Reformation bis zum Reichsdeputationshauptschlusse, das dritte den Zeitraum von da bis zum ersten Konstitutionsedikt vom 14. Mai 1807, das vierte endlich die Zeit von jenem Edikte bis zum Stiftungsgesetz vom 5. Mai 1870, dessen einschlägige Paragraphen am Schlusse noch mit einigen zusammenfassenden Bemerkungen angeführt werden. Ein sorgfältiges Sachregister erleichtert die Benützbarkeit der Arbeit Heimbergers auch für praktische Zwecke.

Man folgt der gut geschriebenen historischen Untersuchung, die dem Juristen manchen belehrenden Einblick in ein ihm sonst fernliegendes reiches Urkundenmaterial gestattet, mit wachsendem Interesse. Auch für die allgemeine Rechtslehre bietet die Arbeit, wo sie den verschlungenen Wegen der gewohnheitsrechtlichen Rechtsbildung nachgeht, manches, was der Beachtung wohl wert ist. Der Gedankengang der Schrift ist kurz folgender:

Im Gegensatz zu den vom römischen Recht und von der Heiligen Schrift ausgehenden juristischen Abhandlungen des 17. und 18. Jahrhunderts geht die Ausbildung unserer heutigen Stiftungspersönlichkeit auf das germanische Kirchenrecht zurück. Unter der Herrschaft dieses Rechts wurden einzelne kirchliche und wohltätige Zwecke, dadurch

daß die ihnen gewidmeten Vermögensmassen gegenüber dem übrigen Kirchenvermögen allmählich eine selbständigere Stellung errangen, gewissermaßen individualisiert und erlangten so eigene Rechtspersönlichkeit. Namentlich gilt diese Entwicklung für die seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts entstehenden städtischen Spitalstiftungen.

Zum Begriff der Stiftung gehört eine bestimmte Beständigkeit des Stiftungszwecks — ein Prinzip, das allerdings in der vorreformatorischen Zeit noch nicht überall durchgedrungen war. Die Zwecksbestimmung der alten Stiftungen war vielfach noch so allgemein gefaßt, daß die allmähliche, praktische Umgestaltung des Stiftungszwecks an sich noch keinen Schluß in bezug auf die damals geltende Rechtsauffassung zuläßt. Indessen kommen, wie H. an einigen Beispielen nachweist, auch gewaltsame Zwecksänderungen zum Vorteile einzelner Personenkreise vor; namentlich wurden nicht selten ursprüngliche Armenanstalten in Pfründestellen für Geistliche umgewandelt und noch häufiger erfolgte eine Umbildung des Stiftungszwecks dadurch, daß bischöfliche, Kloster- und Stiftsspitäler durch Übergang in städtische Verwaltung zu rein städtischen, den Ortsbürgern dienenden Anstalten wurden. Und zwar geschah dies nach den im Mittelalter für die Durchführung stifterischer Anordnungen maßgebenden Anschauungen auch in Fällen, in welchen die Beibehaltung der ursprünglichen Stiftungsbestimmungen möglich gewesen wäre (S. 1—21).

Die Reformation führte zur Ausbildung strengerer Grundsätze über die Veränderungen der stifterischen Zwecksbestimmung. Den Hauptanstoß zur wissenschaftlichen Untersuchung der Frage, inwieweit die Obrigkeit zur Zwecksumwandlung von Stiftungen berechtigt sei, gaben natürlich die zahlreichen Säkularisationen. In den einschlägigen Abhandlungen spielte namentlich die Unterscheidung von privaten und öffentlichen Stiftungen eine Rolle. Bezüglich der ersteren brach sich in der Literatur die Rechtsanschauung Bahn, „daß alles anerkannte Zweckvermögen seinem Zwecke zu erhalten und bei dessen etwaigem Fortfall für möglichst ähnliche Zwecke zu verwenden sei“ (Gierke, zit. bei Heimberger S. 24). Man begnügte sich hierbei hinsichtlich der landesherrlichen Stiftungen mit der Überlegung, die Errichtung einer Stiftung sei eine Regierungshandlung des Landesherrn, welche nach Maßgabe der Landesgesetze sowohl diesen als auch seine Nachfolger binde; die grundsätzliche Frage der Zwecksumwandlung öffentlicher Stiftungen blieb unentschieden. Die Unabänderlichkeit privater Stiftungen suchte man in der Theorie auf das römische Testamentsrecht zu stützen. Im Gegensatz zu diesen theoretischen Anschauungen nahm der absolute Staat in praxi für sich das Recht in Anspruch, „öffentliche Stiftungen anderen milden Zwecken zuzuwenden, wenn der Vorteil des Staates es ratsam erscheinen ließ“ (S. 26 [370]). Das gleiche Recht beanspruchte er auf Grund seines *jus eminens* auch bezüglich der privaten Stiftungen. „Dieses staatliche Umwandlungsrecht war die Folge der Gleichstellung der Stiftungen mit dem eigentlichen Kirchenvermögen und der nach der Reformation immer stärker

einsetzenden Zentralisation der Verwaltung in den Händen des Staates“ (S. 27 [371]f.). In den evangelischen Territorien erklärte sich der Übergang der Verwaltungsrechte auf den Staat einfach aus dem Übergang der bischöflichen Jurisdiktion auf den Landesherrn; in den katholischen Gebieten handelte es sich bei der Zentralisation des Stiftungsvermögens in den Händen des Staats um einen Ausbau der staatlichen Aufsichtsrechte (S. 27 [371]ff.).

Neben dem geschilderten staatlichen Umwandlungsrecht spielte in der Geschichte der Stiftungszweckumwandlung auch das Gewohnheitsrecht eine große Rolle.

Auf die Schilderung der literarischen Anschauungen des 17. und 18. Jahrhunderts läßt H. eine Darstellung der Gesetzesmaterialien und der Praxis aus dem Kurfürstentum Pfalz, dem vorderösterreichischen Breisgau, den Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach, sowie einigen weiteren, heute badischen Territorien folgen (S. 34 [378] — S. 90 [434]). Die zahlreichen Quellen führen H. zu dem Schluß, daß in den genannten Gebietsteilen des heutigen Badens Stiftungszweckumwandlungen durch Gewohnheitsrecht und staatliche Verfügung zulässig waren, „und zwar nicht nur im Falle der Unmöglichkeit einer ferneren Zweckserfüllung, sondern auch zur Erzielung größerer Vorteile für einzelne Personenkreise oder die Gesamtheit der Staatsangehörigen“ (S. 90 [434]). An diesem Rechtszustand wurde, wie H. im dritten Kapitel (S. 91 [435] — 100 [444]) nachzuweisen versucht, auch durch den Reichsdeputationshauptschluß und durch die Organisationsedikte von 1803 nichts geändert. Erst in den Konstitutionsedikten vom Jahre 1807 vollzog der Staat, soweit die nicht kirchlichen Stiftungen in Betracht kommen, einen Systemwechsel, indem er sein Recht der Umwandlung des Stiftungszwecks auf die Fälle der Staatsgefährlichkeit und der Unmöglichkeit der Erfüllung der stiftungsmäßigen Zwecke beschränkte (2. Konst. Edikt). Die kirchlichen Stiftungen konnten dagegen nach wie vor in ihrem Zwecke noch umgewandelt werden, nur daß hierfür nunmehr die Mitwirkung der Kirche verlangt wurde (1. Konst. Edikt). Gründe und Folgen dieser gesetzgeberischen Maßnahmen werden von H. kurz dargelegt (S. 101 [445]ff.).

Den Abschluß der Entwicklung bildet das Stiftungsgesetz vom 5. Mai 1870, in welchem sich der Staat durchaus dem Willen des Stifters unterwirft. Die einstige freie Entwicklung der Stiftungen ist während des 19. Jahrhunderts einem starren Festhalten an den vom Stifter gegebenen Bestimmungen gewichen. Aber die volkswirtschaftlichen Erscheinungen der neueren Zeit drängen dahin, dem Staate in der Zukunft die Möglichkeit zu geben, „zum Nutzen seiner Angehörigen die Stiftungen den jeweiligen Anforderungen der Zeit entsprechend bei möglichster Anlehnung an den ursprünglichen Stiftungszweck abzuändern, wo immer dies geboten scheint“.

Kiel.

Wilhelm van Calker.